

Antrag

der Abg. Frank Bonath und Silvia Hapke-Lenz u. a. FDP/DVP

Dramatische Finanzsituation der Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie die im Kreisfinanzbericht 2025 beschriebene Finanzkrise der Landkreise, insbesondere die Fehlbeträge, den Schuldenanstieg und die Liquiditätsprobleme bewertet;
2. welche Maßnahmen sie ergriffen hat und/oder plant, um die Forderung nach einer angemessenen Beteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe, Geflüchtetenbetreuung und Krankenhäuser umzusetzen;
3. wie sie sicherstellt, dass die Liquiditätshilfe von Mai 2025 ausreicht, und welche weiteren Mittel für 2025 und 2026 vorgesehen sind;
4. welche Schritte sie zur Umsetzung der geforderten Reformen, wie Aufgaben- und Standardkritik sowie Vereinfachung der Sozialsysteme, unternimmt;
5. ob sie plant, das Konnexitätsprinzip in Artikel 71 Landesverfassung zu ertüchtigen, um Mehraufwände der Kreise auszugleichen und wenn ja, ob sie den vorgelegten Vorschlag aufgreift;
6. wie sich die Finanzkrise der Kreise auf die Erfüllung von Pflichtaufgaben wie Sozialhilfe, Bildung und Infrastruktur auswirkt unter Darlegung, welche Unterstützung sie bietet;
7. ob Pläne für einen Zukunftspakt mit Bund und Kommunen bestehen, um die finanzielle Stabilität der Kreise zu stärken;
8. wie hoch sie den Zuschussbedarf der Landkreise für den ÖPNV und die Schülerbeförderung für 2025 einschätzt unter Darlegung, welche Zuwendungen geplant sind;
9. welche Maßnahmen sie über die Stabilisierungshilfe hinaus ergreift, um die Defizite in den Kreiskrankenhäusern zu mindern, beispielsweise bei der Kostenentstehung;
10. wie sie auf die Forderung nach einer konsequenten Aufgaben- und Standardkritik reagiert, um unnötige Regulierungen abzubauen;
11. welche Unterstützung sie den Kreisen bei der Integration von Geflüchteten, insbesondere finanziell, zukommen lässt;
12. ob sie plant, die Kreisumlage zu entlasten, um deren Beanspruchungsanteil der Sozialausgaben (über 70 Prozent) zu reduzieren;
13. wie sie die wirtschaftliche Situation der Kreise in Bezug auf Investitionsrückstände bewertet und wie diese adressiert wird;
14. wie sie die Rolle der Forstneuorganisation in der Finanzbelastung der Kreise einschätzt, und welche Ausgleichszahlungen sie vorsieht;

15. ob konkrete Pläne bestehen, die Betreuungsrechtsreform und Verschärfungen im Arbeitsschutz finanziell auszugleichen.

29.9.2025

Bonath, Fischer, Hapke-Lenz, Reith, Fink-Trauschel, Dr. Jung, Weinmann, Karrais, Dr. Kern, Haußmann, Birnstock, Hoher, Dr. Schweickert, Scheerer FDP/DVP

Begründung

Der Kreisfinanzbericht 2025 des Landkreistags Baden-Württemberg beschreibt eine dramatische Verschlechterung der Finanzlage der 35 Landkreise. 89 Prozent der Landkreise können ihre Aufwendungen nicht mehr aus laufenden Erträgen decken, sechs weisen Fehlbeträge aus, und der Schuldenstand steigt um 25 Prozent. Liquiditätsprobleme häufen sich, bedingt durch hohe Ausgaben im Sozialbereich, für Geflüchtete, Krankenhäuser und ÖPNV, ohne ausreichenden Ausgleich durch Bund und Land. Der Bericht fordert Reformen, mehr Zuwendungen und eine Ertüchtigung des Konnexitätsprinzips.